



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Einige Anmerkungen zur Zukunft Europas und der europäischen Sozialdemokratie

16. Februar 2015

Rede von Joachim Poß, MdB, bei einer Diskussionsveranstaltung
mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der PSOE in Madrid

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

wirtschaftlich hat sich die Eurozone seit 2012 wieder stabilisiert. Ein niedriger Ölpreis, der schwache Euro und niedrige Zinsen begünstigen diese Entwicklung. Andererseits ist die Deflationsgefahr nicht zu leugnen. Mit Blick auf die gesamte Eurozone ist meines Erachtens auch das Quantitative-Easing-Programm der Europäischen Zentralbank durchaus sinnvoll, auch aus deutscher Sicht. Bekanntlich sehen viele in Deutschland das anders.

Eingetrübt wird diese Entwicklung durch Griechenland. Dies hat politische und wirtschaftliche Auswirkungen für die gesamte Eurozone.

I. Wirtschaftliche Aspekte

Kommen wir zuerst zu der aktuellen wirtschaftlichen Lage. **Die wirtschaftliche Lage hat sich insgesamt mit verbesserten Aussichten stabilisiert.** Das Wirtschaftswachstum, sinkende Defizite und geringe Refinanzierungskosten der Staaten verdeutlichen dies. In vielen Ländern nimmt aber die Verschuldung weiter zu.

Spanien ist ein gutes Beispiel dafür. Das BIP wuchs um 1,4 Prozent in 2014, in 2015 erwarten wir über zwei Prozent. Das strukturelle Haushaltssaldo fiel von -6,2 Prozent in 2011 auf -2,1 Prozent in 2014. Die hohe Arbeitslosigkeit, besonders bei den Jugendlichen, konnte aber noch nicht wirksam genug bekämpft werden. Zudem steigt die Gesamtschuldenquote in 2014 auf ein neues Hoch von 98,3 Prozent und wird auch zukünftig steigen.

Neben Griechenland richten sich die Augen in der Eurozone vor allem auf Frankreich und Italien. Beide Länder hatten in den vergangenen Jahren Probleme, entscheidende Reformen umzusetzen. Mit Manuel Valls und Matteo Renzi haben zwei Sozialdemokraten hier neuen Schwung in die Reformdebatte gebracht. In diesem Jahr wird es aber entscheidend sein, dass beide Regierungen zeigen, dass sie die Reformen auch umsetzen.

Die Europäische Zentralbank unterstützt, wie erwähnt, mit ihrer Politik die wirtschaftliche Erholung in den Mitgliedstaaten. Seit der „What ever it takes“-Rede von Mario Draghi hat **die Europäische Zentralbank insgesamt eine stabilisierende Wirkung auf den Euro**. Mit dem aktuellen Ankauf-Programm für private und staatliche Anleihen wird sie hoffentlich zu einer stärkeren Inflation beitragen.

Nicht zuletzt sollte **das Investitionsprogramm der Kommission** Erwähnung finden. Die Ergebnisse dieses Programms können frühestens in einem Jahr abgesehen werden. Viele Fragen dazu müssen noch geklärt werden, vor allem: Wer wird davon profitieren, die bereits relativ starken Länder oder die Südländer? Wird der Abstand zwischen Süd und Nord reduziert oder wächst er noch durch dieses Programm?

II. Politische Lage

Die wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit und steigende Ungleichheit haben die politische Landschaft in den letzten Jahren erheblich verändert. **In fast allen Ländern der Eurozone sind rechter und linker Populismus auf dem Vormarsch**. In Deutschland und Frankreich sind es vor allem rechte Gruppierungen, wie der Front National und die Alternative für Deutschland.

In Griechenland, Italien und Spanien sind es linke oder vermeintlich unideologische Gruppierungen. Podemos, Syriza und Fünf-Sterne-Bewegung: **Nicht rechts oder links, sondern oben oder unten, oft verbunden mit einer berechtigten Anklage versagender oder korrupter staatlicher Strukturen**.

Allen, Linken und Rechten von Deutschland bis Ukip in Großbritannien, ist eins gemeinsam – Sie sind anti-europäisch, Spanien ist da eher die proeuropäische Ausnahme. Wenn aber der Kern des Problems nationales Staats- und Politikerversagen ist, mit der Folge nichtfunktionierender Strukturen (Rechtswesen, Bildung und Ausbildung, Arbeitsmarkt etc.), wo liegt dann die ebenfalls beklagte Verantwortung von Europa, Deutschland, EZB, IWF (Troika)?

Ist es das Versagen der eigenen korrupten Elite aus Politik und Wirtschaft oder die Knute der Austerität, die die Probleme verursacht hat?

Griechenland hat gezeigt, dass man mit dieser ungeklärten Frage über die wahren Schuldigen Wahlen gewinnen kann. Dass hieraus eine populistische Links-Rechts-Regierung entstehen konnte, zeigt gleichzeitig diese diffuse Problemlage. **Einigkeit im Nein, aber Fehlen von realitätstüchtigen Lösungen**.

Diese Entwicklung beunruhigt mich auch mit Blick auf Spanien. Die Entstehung von Podemos halte ich für genauso nachvollziehbar wie die von Syriza. Korruption spielt dabei eine wichtige Rolle.

In Italien unter Renzi kam es zu einer gewissen Neuausrichtung des Partito Democratico (PD). Es gab auch breite Zustimmung in der Öffentlichkeit. Er wird letztlich an seinen Taten zu messen sein, ist aber auf einem guten Weg.

Nimmt man all diese Entwicklungen zusammen, kann man sagen, dass sich die politische Lage deutlich verschärft hat. Der linke und rechte Populismus bedroht den weiteren Integrationsprozess in Europa, ja womöglich das Projekt Europa als Ganzes.

III. Die Lage in Deutschland

Michael Ehrke hat mich gebeten, auch die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland kurz zu beschreiben.

Ich tue das gerne und kann als langjähriges Mitglied im Parlament, viele Jahre davon auch als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, und als Mitglied im Parteivorstand Auskunft geben. Ich möchte meine Darstellung aber nicht als Königsweg für alle Länder missverstanden wissen. Am deutschen Wesen soll nicht die Welt genesen.

Wirtschaftlich geht es Deutschland relativ gut. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit ist relativ gering, die Jugendarbeitslosigkeit auch. Trotz der wirtschaftlich guten Lage nimmt **die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen auch in Deutschland zu**. Insgesamt sind wir sehr gut durch die Krise gekommen – viele Bürger haben sie wahrscheinlich nicht einmal bemerkt. Trotz eines Wachstumsverlustes von fünf Prozent seit 2009.

Für viele, auch außerhalb, erklärt sich der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands mit den tiefgreifenden Reformen, insbesondere am Arbeitsmarkt, die ab 2004/5 unter Gerhard Schröder durchgeführt wurden. Die Reformen haben damals nicht nur den betroffenen Arbeitnehmern viel abverlangt. **Die SPD wurde insbesondere durch die Agendapolitik, aber auch die Rente mit 67, nachhaltig beschädigt**, trotz einer großen Leistung im Krisenmanagement 2008/2009 mit der SPD in den zentralen Ressorts Finanzen und Arbeit und Soziales.

Entscheidend für die günstige wirtschaftliche Entwicklung waren meines Erachtens ein funktionierender sozialer Dialog von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften, Konjunkturprogramme und Kurzarbeitergeld und die Flexibilität der Gewerkschaften bei betrieblichen Vereinbarungen. Zudem wurde eine Politik der übertriebenen Lohnzurückhaltung verfolgt, was die Gewerkschaften in den wachstumsschwachen Jahren wegen der relativ hohen Arbeitslosigkeit nicht verhindern konnten. Die Bilanz am Arbeitsmarkt ist durchaus positiv. Allerdings stagnierten die realen Einkommen in Deutschland über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren. Auch das hat die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen befördert.

Es waren aber vermutlich nicht einzelne Aspekte der Reform, die zum Erfolg beigetragen haben. Vielmehr war es die Kombination der Reformen und die insgesamt kooperative Zusammenarbeit zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Politisch ist zwar mit der AfD eine neue, populistische und anti-europäische Partei aufgekommen. Sie ist aber in der Stärke nicht mit Front National, Syriza oder Podemos vergleichbar. Zuletzt gab es auch verstärkt ausländergefeindliche Kundgebungen. Die fallen aber inzwischen scheinbar inzwischen wieder zusammen, nachdem der oft rechtsradikale oder kriminelle Hintergrund der Initiatoren klarer geworden ist: dubiose Gestalten. Es ist unklar, wohin diese politischen Entwicklungen führen.

Die Stärke der CDU/CSU (rund 42 Prozent in den Umfragen) resultiert aus dem Ansehen von Frau Merkel, aber auch daher, dass die AfD Stimmen auch von anderen Parteien (von FDP bis Linkspartei) abzieht.

Die SPD hingegen hat bisher nicht von ihren unbestrittenen Regierungsleistungen in der Großen Koalition 2005-2009 zur Bewältigung der Krise und der anhaltenden Dominanz im letzten Jahr 2014 mit z. B. Mindestlohn, Rentenpaket, etc. profitiert.

Die Früchte dieser Politik werden vom breiten Publikum weitgehend Frau Merkel zugeordnet. Das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften hat sich zwar wesentlich verbessert, trotzdem wählte zum Beispiel eine Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder 2013 bei der Bundestagswahl CDU/CSU, trotz einer Gerechtigkeitskampagne der SPD.

IV. Schlussfolgerungen

Für die europäische Sozialdemokratie ergeben sich aus dem eben gesagten insbesondere vier Schlussfolgerungen:

Erstens:

Die europäische Sozialdemokratie muss sich auf ihre Stärke besinnen. Sie verbindet wie keine andere politische Gruppierung soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit mit Wirtschaftskompetenz (Wohlstand für Alle) und ökologische Sensibilität.

Zweitens:

Die europäische Sozialdemokratie muss mit nüchterner Analyse falsche Gegensätze überwinden: Austerity vs. Wachstum erfasst nicht die wirtschaftlichen und sozialen Realitäten in Europa und den Mitgliedstaaten. Die sozialdemokratische Antwort sollte ein wachstumsorientierter Kurs sein, der mit sozialer Ausgewogenheit einhergeht und die Stabilität der öffentlichen Finanzen nicht gefährdet. Es kommt auf den Policy-Mix an, bezogen auf die Situation in den einzelnen Ländern, es gibt kein one-size-fits-all-Modell.

Drittens:

Für die Stabilität der öffentlichen Finanzen ist eine funktionierende Besteuerung von Individuen und Unternehmen nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit national und europaweit (cross-border) entscheidend.

Viertens: Die europäische Sozialdemokratie muss mit mehr Selbstbewusstsein, Elan und einer verjüngten Politiker-Generation **die Auseinandersetzung mit den klassischen Konservativen einerseits und dem linken und rechten Populismus andererseits offensiv führen**. Der Populismus stellt alles in Frage, hat aber für nichts eine Lösung.

Neben dem Einfluss auf die Sozialdemokratie lassen sich aber auch insbesondere drei Folgerungen für ganz Europa ziehen:

Erstens:

Die europäische Politik wird das schwindende Vertrauen der Bevölkerung nur zurückgewinnen können, wenn **kurzfristig und öffentlich sichtbar einige Projekte erfolgreich umgesetzt werden**:

- a. Das Europäische Investitionsprogramm
- b. Die Beendigung skandalösen Steuerdumpings von Unternehmen und Reichen
- c. Die Implementierung einer Finanztransaktionssteuer auf breiter Grundlage, um auch den Finanzsektor – Finanzkapitalismus – an der Finanzierung des Gemeinwesen zu beteiligen
- d. Die Migrations- und Flüchtlingsfrage

Zweitens:

Für Europa und seine Mitgliedstaaten gilt es, **die wachsende Ungleichheit als zentrales wirtschaftliches und nicht nur soziales Problem zu adressieren**.

Drittens:

Es darf nicht vernachlässigt werden, dass die **zunehmende Korruption weltweit**, aber auch in Europa die Wettbewerbsfähigkeit, die Rechtssicherheit, die Gerechtigkeit und die demokratische Legitimation der Institutionen und deren Akzeptanz untergräbt.

4. März 2015

Joachim Poß, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin